

# normal!

Zeitschrift des Behindertenbeirates Sachsen-Anhalt  
finanziert vom Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt

Thema:

## Die UN-Konvention in Sachsen-Anhalt

### Inhalt

2  
**Thema:** Von der UN-Konvention habe ich erwartet

3  
**Auf ein Wort:** Experten in eigener Sache

4  
**Thema:** Wege zu einer inklusiven Gesellschaft

8  
**Beirat:** Die Hinweise des Beirates sind wichtig

9  
**Interview:** Barrierefreiheit nicht nur beim Bauen - mit Dr. Reiner Haseloff

10  
**Thema:** „Ich will mich“ so wie ich bin

11  
**Thema:** Hilfe! Die Rollstuhlfahrer kommen!

12  
**Aktuell:** Preisträger „Pro Engagement“ gesucht, Gelber Engel, Inklusionslandkarte



### Das 6. Behindertenpolitische Forum

Am 26. September 2011 fand in den Räumen des Gesundheitszentrums der AOK in Magdeburg das mittlerweile 6. Behindertenpolitische Forum statt. 160 Menschen mit und ohne Behinderungen aus allen gesellschaftspolitischen Bereichen diskutierten miteinander. Das Thema des diesjährigen Forums lautete:

#### Die UN-Behindertenkonvention in Sachsen – Anhalt: Hoffnungen – Chancen – Illusionen.

Am Vormittag diskutierten die Teilnehmer über mögliche Wege zu einer inklusiven Gesellschaft. Der Nachmittag stand unter dem Motto: Behindert Kranksein. Hier ging es den Teilnehmern um eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung in unserem Bundesland. Am Ende der Veranstaltung verabschiedeten die Teilnehmer einen Forderungs-

katalog. Diesen finden Sie in dieser Ausgabe der „normal!“ auf Seite 7. Er wurde sowohl der Landesregierung, als auch z.B. den Landkreisen und Kommunen, den Kranken- und Rentenkassen, der Arbeitsagentur und vielen anderen zur Verfügung gestellt. Die Menschen mit Behinderungen hoffen, dass möglichst viele Institutionen und Menschen dabei helfen, die UN-Konvention in Sachsen-Anhalt umzusetzen. Diese Umsetzung ist nicht die Erfüllung eines Wunsch-

zettels oder ein Gnadenakt. Die Bundesregierung hat die UN-Konvention ratifiziert. Das heißt, sie gilt im Bund und in den Ländern und muss bei der Gestaltung von Gesetzen und Verordnungen beachtet werden.

Zu Beginn des Forums, nach einer kurzen musikalischen Eröffnung, gaben einige Teilnehmer Statements ab. In kurzen Sätzen formulierten sie ihre Gedanken, Wünsche und Hoffnungen.

## Von der UN-Behindertenrechtskonvention habe ich erwartet,

... dass nicht nur Verbände, sondern auch Politik und Verwaltung die aktive Umsetzung betreiben!

... dass man Menschen mit Behinderungen mehr Kompetenzen zuspricht und ihnen mehr zutraut!

... dass sich die Pflegeversicherung von satt, sauber und trocken zu selbstbestimmter Pflege entwickelt!

... mehr Menschenwürde, mehr Selbstbestimmung, nicht mehr bevormundet zu werden!

... eine Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen!

... dass erkannt wird, Barrierefreiheit ist für alle nützlich! Keine Drehkreuze mehr im Supermarkt!



... dass die Individualität eines Jeden berücksichtigt wird!

... uneingeschränkten Zugang zu Patientenakten auch für psychisch Kranke!

... Unterstützung bei der Vermittlung auf dem freien Arbeitsmarkt!

... für Gehörlose mehr Untertitel im Fernsehen!

... dass Schaffung von Barrierefreiheit zur Selbstverständlichkeit und nicht mit vermeintlicher Unwirtschaftlichkeit verhindert wird!

... dass keine Kinder mehr in Sondereinrichtungen verwiesen werden!

... dass der Grundsatz „ambulant vor stationär“ auch von der Sozialagentur vorangetrieben werden muss!

... dass die Landesregierung umgehend alle Gesetze an die Konvention anpasst!

## Experten in eigener Sache



**Adrian  
Maerevoet,**

Landesbehinderten-  
beauftragter

### **Liebe Leserinnen und Leser, und Hörerinnen und Hörer,**

seit fast einem Jahr ist unser neues Behindertengleichstellungsgesetz in kraft. Als einziges Gesetz dieser Art in Deutschland nimmt es Bezug auf die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Und es zeigt hier und da erste wirklich gute Auswirkungen. Bereits in der Koalitionsvereinbarung hatte die neue Landesregierung die Gedanken aufgegriffen und sich beispielsweise zur Barrierefreiheit und zum Recht auf selbstbestimmtes Leben bekannt. Vor wenigen Tagen ist unser Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff in den Landesbehindertenbeirat gekommen und hat dieses Bekenntnis wiederholt und verstärkt. Zudem hat er viele Problemfelder angesprochen und diskutiert und auch einiges mitgenommen oder dem Beirat zugesagt. So wird die Landesregierung zukünftig die Beiratsbeschlüsse nicht nur dankend entgegennehmen, sondern sich auch zur Umsetzung positionieren. Besonders erfreulich war auch die Aussage des Ministerpräsidenten, sich zukünftig einmal jährlich mit dem Landesbehindertenbeirat auszutauschen. Das belegt die Wertschätzung der Arbeit unserer Gremien. Immerhin sind im Beirat und im Runden Tisch bereits etwa 200 Menschen aktiv. Hinzu kommt noch die große Zahl der örtlichen ehrenamtlich tätigen Männer und Frauen. Ich kann mich dem Dank des Ministerpräsidenten für das geleistete große Engagement nur umfassend anschließen.

Auf unserem 6. Behindertenpolitischen Forum hatte Minister Norbert Bischoff versprochen, den Landesaktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention mit den betroffenen Menschen und ihren Gremien zu diskutieren. Das geschieht in einigen Tagen. Erstmals wird der Entwurf des Plans auf der Vollversammlung des Runden Tisches vorgestellt und diskutiert, so

dass als erstes die Menschen mit Behinderungen einbezogen werden. Das Vorgehen des Sozialministeriums ist damit ein gutes Beispiel dafür, mit betroffenen Menschen zu reden und nicht über sie. Allen anderen sei gesagt, Menschen mit Behinderungen können wirklich sehr gut für sich selbst sprechen und wissen ganz genau, was sie wollen. Denn sie sind zu diesem Thema die einzigen Experten in eigener Sache. Das hat auch das Ministerium für Landesentwicklung anerkannt und eine Vertreterin des Landesbehindertenbeirates in die erweiterte Demografieallianz berufen. Herzlichen Dank. Aber es sind auch leider nicht nur positive Dinge geschehen, selbst wenn ich diese Liste gut erweitern könnte. Viele „große“ Sachen kriegen wir ja schon gelöst, aber einige Einzelfälle machen mich sehr sehr traurig und betroffen. Manchmal verstehe ich nicht, warum man so mit Menschen umgeht. Natürlich sind die Sichtweisen der Menschen unterschiedlich und auch kann man oft die Richtigkeit bestimmter Entscheidungen nicht vorhersehen. Aber wenn man anderen Menschen schadet, nur weil es im Moment billiger ist und man die Folgekosten für die Gesellschaft ignoriert, dann hört die Toleranz auf. Ich erwarte beispielsweise, dass ein Schulbesuch grundsätzlich immer gesichert wird und Hausbeschulung nicht als Standardalternative gesehen wird. Und wenn ein Mensch ohne pflegerische Assistenz nicht zur Schule gehen kann, dann muss die Leistung bereitgestellt werden. Oder wenn ein jugendlicher Autist tatsächlich einen Heimplatz benötigt, dann muss das eine Einrichtung sein, die dafür auch qualifiziert ist und die auch eine Beschulung sichert. Dann darf nicht einfach ein beliebiges, billiges Heim ausgewählt werden, welches aber nicht das erforderliche Leistungsprofil aufweist.

Bitte helfen Sie auch im Jahr 2012 mit, in diesen und vergleichbaren Fällen deutlich Einhalt zu gebieten. Doch nun blicken wir aufs kommende große Fest. Ich feiere den Geburtstag von Jesus auch deswegen so gerne, weil damit vor etwa 2000 Jahren eine Bewegung entstand, in der erstmalig auf dieser Erde Benachteiligte und Ausgestoßene als gleichberechtigte Menschen anerkannt wurden. Rasant wachsend nahm sie zunehmenden Einfluss auf politische Entscheidungen. In diesem Sinne danke ich Ihnen für ihr Engagement zur Stärkung der gleichberechtigten Anerkennung aller Menschen und wünsche uns allen eine gute und gesegnete Weihnachtszeit.

## Wege zu einer inklusiven Gesellschaft

UN-Behindertenkonvention - Absichten und Wirklichkeit



Der Minister für Arbeit und Soziales von Sachsen-Anhalt, Norbert Bischoff, bei seinem Fachvortrag

Der Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Adrian Maerevoet, stimmte in seiner Eröffnungsrede auf das Thema des Tages ein. Dazu ging er kurz auf die Statements der Teilnehmer (Seite 2) ein. Ralf Dralle, der Geschäftsführer der AOK Sachsen-Anhalt freute sich, die Teilnehmer in seinem Haus begrüßen zu dürfen. Die AOK richtet in ihren Räumen zwar öfter Tagungen aus, aber noch nie waren unter den Teilnehmern so viele Menschen mit Behinderungen. Damit vor allem die vielen Rollstuhlbenutzer den Ort des Forums erreichen konnten, hatten die Mitarbeiter ihren Firmenparkplatz an diesem Tag komplett zum Behindertenparkplatz erklärt und sich selbst entferntere Parkplätze gesucht. Das Gebäude wurde schon vor vielen Jahren saniert und entsprechend der damaligen Bauvorschriften



Ralf Dralle, der Geschäftsführer der AOK Sachsen-Anhalt, begrüßte die Teilnehmer herzlich in seinem Haus

barrierefrei umgestaltet. Herr Dralle bittet die Teilnehmer als Experten ihn darauf hinzuweisen, wo es noch Probleme für die Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen gibt.

„Es ist normal verschieden zu sein.“, so versteht der Minister für Arbeit und Soziales unseres Bundeslandes, Norbert Bischoff, das Fremdwort Inklusion. Durch die Unterschiedlichkeit wird das Leben bunter und interessanter. Leider sehen dies noch nicht alle Menschen so. In seiner Rede ging er darum auch auf die Probleme ein, die wir in Deutschland und insbesondere in Sachsen-Anhalt auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft dringend lösen müssen. Obwohl jedes Jahr mehr Schüler mit Förderbedarf die Regelschulen besuchen, ist gemeinsames Lernen immer noch das „Besondere“ und nicht das „Normale“.



Der Landesbehindertenbeauftragte, Adrian Maerevoet, eröffnete das Forum

„Warum müssen immer alle z.B. in einer Klasse zur selben Zeit das Gleiche können?“, fragte er. „Man muss sehen was da ist, nicht was fehlt. Die Umsetzung der UN-Konvention ist eine Aufgabe der Träger der gesellschaftlichen Gewalt. Grundlage der Inklusion ist eine allumfassende, also nicht nur bauliche, Barrierefreiheit.“ Darum sehe er die Lösung dieser Aufgaben nicht nur im Sozialministerium angesiedelt. Dieses sei die Aufgabe aller Ministerien, meinte er.

Die Organisation „Inclusion International“ ist der internationale Dachverband für Menschen mit einer sogenannten geistigen Behinderung. Sie hat ihren Sitz in London und vertritt mehr als 200 Mitgliedsverbände in 115 Ländern. Ihr Präsident ist der langjährige ehemalige Geschäftsführer der Lebenshilfe in Deutschland, Klaus Lachwitz. Er war Mitglied der UN-Kommission, welche die UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet hat. Den

Teilnehmern des Forums berichtete er über die damit verbundenen Ziele. Die Behindertenrechtskonvention ist die Antwort der Weltgemeinschaft auf die jahrhundertealte Tradition, Menschen mit Behinderungen aus überwiegend medizinischer Perspektive als Menschen mit Defiziten, als Problemfälle, nicht als Träger von Rechten und gleichberechtigte Bürger zu beschreiben. In einem Bericht der WHO steht, dass ca. eine Milliarde Menschen auf der Welt als „behindert“ gelten. Dies entspricht etwa 15 % der Weltbevölkerung. 80 % der behinderten Menschen leben in Entwicklungsländern.

Der Gedanke der Selbstbestimmung und der Inklusion durchzieht die Konvention wie ein roter Faden: Der behinderte Mensch soll selbst entscheiden und auswählen dürfen, und er soll das Recht und die Möglichkeit haben, von Anfang an mitten in der Gesellschaft zu leben, beschult zu werden, zu wohnen, zu arbeiten usw. Jede Form der Institutionalisierung oder Sonderbehandlung wird abgelehnt, wenn sie nicht ausdrücklich gewünscht wird. Behinderung wird nicht länger als Defizit angesehen, sondern in der Präambel wie folgt definiert: „Das Verständnis von Behinderung entwickelt sich ständig weiter. Behinderung entsteht aus einer Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und umweltbedingten Barrieren, die sie an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern.“ Damit können sich Menschen mit Behinderung auf das unveräußerliche Recht zur Wahrung der Menschenwürde, auf das Recht auf Selbstbestimmung, auf den Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung unabhängig von Art und Ausmaß der Behinderung und auf die Solidarität der Gesellschaft berufen. Die Bundesregierung hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragt, in Abstimmung mit den anderen Bundesministerien und den



Der Psychatriekordinator des Bördekreises, René Grummt, berichtete von den Möglichkeiten der Kommunen sich am Umsetzungsprozess zu beteiligen. Gebärdensprachdolmetscher übersetzten alle Reden.

Bundesländern einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention zu erarbeiten. Das Bundesministerium hat dazu einen Ausschuss eingesetzt, der die Verwirklichung des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Konvention begleitet. Diesem Ausschuss gehören u.a. Vertreterinnen und Vertreter des Deutschen Behindertenrates, der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, der DGB, der BDI u.a. an. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen hat einen Inklusionsbeirat eingesetzt, der sich aus Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen zusammensetzt und den mit dem Nationalen Aktionsplan in Gang gesetzten Umsetzungsprozess beeinflussen und überprüfen soll.

Danach ging er besonders auf die Probleme ein, die Menschen mit geistigen Behinderungen in Deutschland erleben müssen. So ist die Ablehnung einer Schulbehörde, ein Kind in die Regelschule aufzunehmen, ein Verstoß gegen die Art. 4 und 5 der Konvention. Entmündigungen oder Anordnungen von gesetzlicher Vertretung durch Dritte, die zur Folge haben, dass Menschen mit Behinderungen ganz oder teilweise als geschäftsunfähig gelten, sind mit dem Recht auf Selbstbestimmung (Art. 1, Art. 2 und Art. 12) unvereinbar. Das deutsche Betreuungsrecht enthält Elemente der rechtlichen Vertretung, die die rechtliche Handlungsfähigkeit eines Menschen mit Behinderungen beeinträchtigen (Beispiel: Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts nach § 1903 BGB). Das Betreuungsrecht und seine Praxis gehören deshalb auf den Prüfstand! Die Zahl von Unterbringungen in geschlossenen Einrichtungen gemäß § 1906 BGB bzw. nach Maßgabe der Unterbringungsgesetze der Bundesländer hat in den letzten Jahren zugenommen. Dies gilt auch



Wo steht Deutschland im weltweiten Vergleich? Er konnte darüber berichten. Klaus Lachwitz ist der Präsident von Inclusion International.



Gerriet Schröder, von der AOK Sachsen-Anhalt stellte die Situation aus der Sicht der Krankenkassen dar.



Dr. Burkhard John, Vorsitzender des Vorstandes der KV, sprach über die Aufgaben die auf die Ärzte zukommen.

für Fixierungen und Medikamentenvergaben gemäß § 1906 Abs.4 BGB, die Menschen in ihrer Freiheit beeinträchtigen. Auch diese Vorschriften gehören auf den Prüfstand!

Von der Welt- zur Kommunalpolitik ging es dann im nächsten Vortrag. René Grummt, der Psychiatriekoordinator des Landkreises Börde, berichtete über die Möglichkeiten der Kommunen, die UN-Konvention in ihrem Bereich umzusetzen. Sie sind, als untere politische Ebene in Bezug auf Inklusion hauptsächlich zuständig für Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit. Das bedeutet einerseits barrierefreies Bauen und ein barrierefreier ÖPNV, aber auch die Gestaltung einer barrierefreien Kommunikation mit den Bürgern. Sämtliches Verwaltungshandeln muss sich am individuellen Bedarf des Bürgers orientieren. Dabei sollen ambulante Hilfen Vorrang vor stationären Angeboten haben. Inklusion vor Separation! Inklusion bedeutet ein selbstverständliches Miteinander von Anfang an (ggf. mit Assistenz). Es geht nicht mehr um Anpassungsleistungen von Einzelnen, sondern darum, wie gesellschaftliche Voraussetzungen so verändert werden können, dass alle Menschen gleichberechtigt Leben können. Inklusion wäre letztlich das Ende eines separierenden Fürsorgesystems. Sie ist für alle neu und ungewohnt. Es gilt im Interesse der Nutzer, die Angehörigen wie auch die „Mehrheitsgesellschaft“ zu überzeugen. Hier sind besonders viele Vorbehalte gegen Menschen mit Psychiatrieerfahrungen zu überwinden. Leistungserbringer müssen neue Angebote unterbreiten und die Verwaltungen müssen diese finanzieren und propagieren. Der Umbau zu einem „wirklich inklusiven“ System wird nicht einfach und vermutlich auch nicht ganz billig.

Der Nachmittag stand unter dem Motto „Behindert Kranksein“. Die Teilnehmer diskutierten über eine

diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung. Gerriet Schröder, von der AOK Sachsen-Anhalt, stellte dazu die Arbeit der Gemeinsamen Servicestellen nach §§ 22, 23 SGB IX vor. Die AOK betreibt in den Städten und Landkreisen insgesamt 13 Servicestellen. Sie beraten nicht nur Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen. Auch Ärzte und Therapeuten haben Anspruch auf Beratung und Unterstützung.

Dr. Burkhard John, der Vorsitzende des Vorstandes der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt (KV), erläuterte die Notwendigkeit einer barrierefreien Gesundheitsversorgung an Hand der demografischen Entwicklung in unserem Bundesland. Einer immer älter werdenden Bevölkerung stehen besonders viele Ärzte mit einem hohen Durchschnittsalter gegenüber. In einigen Regionen zeichnet sich ein Ärztemangel ab. Eine Lösung bieten hier vernetzte Versorgungszentren mit Filialpraxen. Diese sollten möglichst barrierefrei sein. Auf dem



Der Vorsitzende des Psychiatrieausschusses von Sachsen-Anhalt, Dr. Bernhard Langer, sprach über Selbstbestimmung.

Internetportal der KV und unter der Telefonnummer 0391 6276514 können mobilitäts- eingeschränkte Patienten erfahren, wo in ihrer Nähe barrierefrei zugängliche Arztpraxen zu finden sind. Die KV berät Ärzte, wie sie ihre Praxis barrierefrei umgestalten können. In der Zukunft sollen Schulungen zu den Bedürfnissen von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen für das Praxispersonal angeboten werden.

Wie wichtig derartige Schulungen besonders für Patienten mit Psychiatrieerfahrungen sind, betonte in seinem Vortrag der Vorsitzende des Psychiatriausschusses von Sachsen-Anhalt, Dr. Bernd Langer. Diese werden, entgegen der UN-Konvention, sowohl durch Betreuer als auch durch Institutionen an der selbstbestimmten Wahrnehmung ihrer Rechte gehindert. Die Gesellschaft und auch ihre Angehörigen müssen akzeptieren, dass niemand zur Einnahme von Medikamenten ge-

zwungen werden darf. Dieses Recht eines jeden Menschen gilt auch für psychisch erkrankte oder behinderte Menschen. Die Anzahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen nimmt seit einigen Jahren in ganz Deutschland zu. 32 % der über 18 Jahre alten Menschen leiden einmal in ihrem Leben unter einer psychischen Erkrankung. Die Rechte von psychisch Kranken werden u.a. dadurch eingeschränkt, dass in vielen Regionen ambulante Angebote fehlen. Wer zusätzlich in seiner Mobilität eingeschränkt ist und eine mit dem Rollstuhl zugängliche Praxis sucht, der sucht oft vergeblich. Nicht alle Medikamente sind verordnungsfähig und stehen so den Kranken nicht zur Verfügung. Als Folge führen psychische Erkrankungen immer öfter zu dauerhaften Behinderungen.

Zum Schluss formulierten die Teilnehmer des Forums einen Forderungskatalog.

## Forderungskatalog

### Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 6. Behindertenpolitischen Forums fordern,

1. ... allen Menschen mit Behinderungen sowohl eine unabhängige Lebensführung als auch die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu sichern. Bitte beachten Sie: Behindertenpolitik ist Menschenrechtspolitik.
2. ... als Grundvoraussetzung für eine inklusive Gesellschaft umfassende Barrierefreiheit zu schaffen.
3. ... alle öffentlichen Gebäude im Land barrierefrei herzurichten sowie die Vergabe öffentlicher Mittel an die Schaffung von Barrierefreiheit zu binden.
4. ... Maßnahmen und Initiativen zu ergreifen, um alle Landesgesetze und Rechtsvorschriften in Sachsen-Anhalt an die Behindertenrechtskonvention anzupassen.
5. ... das in der Behindertenrechtskonvention formulierte Recht der Menschen mit Behinderungen, ihren Wohnort frei und selbstbestimmt zu wählen, immer zu gewährleisten. Dies erfordert wirksame Maßnahmen zur Schaffung und Stärkung ambulanter, selbstbestimmter Wohnangebote sowie vor allem deren auskömmliche Finanzierung insbesondere für Menschen mit hohem Hilfebedarf.
6. ... medizinisch notwendige Leistungen, einschließlich der Prävention und Rehabilitation auch für Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt zugänglich zu machen.
7. ... zur Sicherstellung des Zugangs von Menschen mit Behinderungen zur Gesundheitsversorgung entsprechende Mehrbedarfe anzuerkennen und zu finanzieren.
8. ... die Rechte von Menschen mit psychischen Erkrankungen und seelischen Behinderungen zu stärken, ihnen uneingeschränkten Zugang zu Patientenakten zu sichern, eine stärkere Individualisierung der Therapieformen anzustreben sowie das Lebensumfeld einzubeziehen.
9. ... dass alle Landesbehörden, Kommunen und Einrichtungen des Gesundheitswesens ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, medizinisches und nichtmedizinisches Personal usw. in Weiterbildungsveranstaltungen und geeigneten Praktika systematisch für die Menschenrechte behinderter Bürgerinnen und Bürger sensibilisieren.
10. ... Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen gemäß dem Grundsatz „Nichts über uns ohne uns!“ kontinuierlich in den Gesamtprozess einzubeziehen.

## Die Hinweise des Beirates sind wichtig Fördermittel dürfen nicht mit dem „Rasenmäher“ gekürzt werden



Mit dem Ministerpräsidenten, Dr. Reiner Haseloff, und dem Landesbehindertenbeauftragten wurde angeregt diskutiert.

Am 12. November besuchte der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, den Landesbehindertenbeirat. Er freute sich, dass er endlich einmal die Zeit gefunden hat, an einer regulären Sitzung dieses Gremiums teilnehmen zu können. Nach der Wende war Dr. Haseloff im Landkreis Wittenberg tätig. Damals hat er bereits begonnen, sich für die Probleme und auch die Leistungen von Menschen mit Behinderungen zu interessieren.

Als Landespolitiker fielen ihm die großen regionalen Unterschiede im Land auf. Besonders in teilweise dünnbesiedelten ländlichen Räumen sei es für Betroffene schwer, therapeutische Angebote oder soziale Netzwerke zu erreichen. Etwas besser sei die Situation in den größeren Städten, wo es einen zumindest teilweise barrierefreien ÖPNV gibt. In den Dörfern ist der Schulbus manchmal die einzige Verbindung in eine größere Ortschaft. Hier ist das Engagement der Handelnden vor Ort gefragt. Besonders gut funktioniert es dort, wo gemeinsam mit den Betroffenen und ihren Verbänden und Vereinen zusammengearbeitet wird. Diesen, die sich trotz eigener Behinderung, für andere einsetzen, dankte er ausdrücklich. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung lehnt er hier den Einsatz des „Rasenmähers“ ab. Pauschale Kürzungen können sonst dazu führen, dass „eine kritische Masse unterschritten wird und wichtige Projekte nicht weiter geführt werden können“.

Sein Dank ging auch an die Politiker vor Ort, die in ihre Entscheidungen die Meinung von Menschen mit Behinderungen einbeziehen. Sowohl bei Baufragen, dem Erstellen eines Tourismuskonzepts oder bei Fragen zu Kommunikation mit den Bürgern gilt es die Belange von Menschen mit

Behinderungen zu beachten. Seine Ehefrau, die Schirmherrin des Landesverbandes der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft geworden ist, macht ihn immer wieder darauf aufmerksam, wie umfangreich die Anforderungen an eine Barrierefreiheit sind. Eine Eingangsrampe für den Rollstuhlfahrer ist nur der Anfang. Menschen mit Seh-, Hör- oder Lernproblemen können viele Angebote bisher nicht nutzen.

Danach kam es zu einer regen Diskussion zwischen ihm und den Mitgliedern des Beirates. Der Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderungen, Adrian Maerevoet, benannte die Probleme des Umgangs mit Beschlüssen des Beirates. Bisher erhielt der Beirat von der Staatskanzlei lediglich eine Eingangsbestätigung, und wusste dann jedoch selten, ob und wie die Empfehlungen angenommen und umgesetzt werden. Dieses Problem will Dr. Haseloff mit ins Kabinett nehmen. Er betonte, dass der Beirat ein Recht auf eine Antwort und auch auf z.B. die Benennung von Ablehnungsgründen hat.

Die Mitglieder der AG Arbeitswelt des Runden Tisches für Menschen mit Behinderungen stellten ihm den Preis „Pro Engagement“ vor, der an Unternehmen verliehen wird, welche sich besonders für Mitarbeiter mit Behinderungen einsetzen, vor. Der Ministerpräsident bat darum, dass ihm durch den Beirat und durch den Landesbehindertenbeauftragten Vorschläge unterbreitet werden, damit er Unternehmer auch einmal mit der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt auszeichnen kann, die sich auf diesem Gebiet besonders engagieren.

Dann diskutierte der Beirat mit ihm noch ausführlich über die Probleme fehlender barrierefreien Bauens und über die Förderschulpolitik im Land. Diese will er mit den Fachministerien klären. Viele Menschen können auf Grund ihrer Behinderung Radio oder Fernsehen nicht nutzen. Das der MDR der Sender ist, der von allen dritten Programmen die wenigsten Angebote für blinde oder hörgeschädigte Zuschauer hat, war ihm neu. Dies möchte er mit der beim Antrittsbesuch mit der neuen Intendantin sofort ansprechen.

Zum Schluss bedankte er sich für die vielen Anregungen und versprach dem Beirat, immer für ihn und für den Landesbehindertenbeauftragten Ansprechpartner der Regierung zu sein. Er nimmt sich vor, möglichst einmal im Jahr an einer Sitzung dieses Gremiums teilzunehmen. „Wir brauchen sie an unserer Seite, darum melden sie sich bitte immer wieder zu Wort.“

## Barrierefreiheit nicht nur beim Bauen



**Dr. Reiner Haseloff**  
Ministerpräsident von  
Sachsen-Anhalt

Im Anschluss an den Besuch des Landesbehindertenbeirates gab unser Ministerpräsident, Dr. Reiner Haseloff, der Redaktion noch ein Interview für unsere Leser.

### **Herr Dr. Haseloff, welche Erfahrungen haben Sie persönlich mit Menschen mit Behinderungen gemacht?**

Meine wichtigste Erfahrung ist die, dass behinderte Menschen nicht über ihre Behinderung definiert werden wollen. Sie wollen auch nicht ihrer Behinderung wegen beachtet werden, sondern als Menschen, die unser Gemeinwesen genauso bereichern können, wie alle anderen auch.

### **Wo sehen Sie in Sachsen-Anhalt besondere Barrieren? Welche wollen Sie in der laufenden Wahlperiode abbauen?**

Entscheidend ist es, permanent daran zu arbeiten, dass sich die Bedingungen für behinderte Menschen verbessern und sich ganz allgemein den Chancen anpassen, die nicht behinderte Menschen haben. Die Landesregierung versucht in ihrem Wirkungsbereich alles umzusetzen, was ein unbeschränktes Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Menschen ermöglicht. So wird beispielsweise für die landeseigenen Immobilien die Barrierefreiheit jährlich überprüft und wo möglich weiter verbessert.

### **Was tut die Landesregierung, um eine barrierefreie Infrastruktur zu fördern?**

Die Herstellung von Barrierefreiheit ist ein langfristiger Prozess, der nicht abgeschlossen werden kann, sondern immer auch an neue Standards und Erkenntnisse angepasst werden muss. Es geht hier schließlich lange nicht mehr nur um Rampen und für Rollstuhlfahrer angepasste Aufzüge. Es geht insgesamt um Möglichkeiten zur Partizipation am öffentlichen Leben. Es

stellen sich Fragen nach barrierefreien elektronischen Medien, barrierefreiem Tourismus und barrierefreiem Bauen. Es gibt hier noch vielfältige Aufgaben, die am besten gelöst werden können, wenn sie von Anfang an mit den behinderten Menschen gemeinsam erörtert werden.

### **Wie wird die Forderung der UN-Konvention nach einer inklusiven Schule in Sachsen-Anhalt umgesetzt?**

Das ist ohne Zweifel eines der wichtigen Themen für die nächsten Jahre. Es hat zu diesem Thema in Sachsen-Anhalt bereits einen weitreichenden Versuch an zahlreichen Grundschulen gegeben, und wir haben in der Koalitionsvereinbarung verabredet, die Ergebnisse nach sorgfältiger Prüfung umzusetzen. Es handelt sich hier nämlich um eine sehr umfassende Umstellung der gesamten Praxis des Umgangs miteinander, und diese muss darum auch überlegt und schrittweise vollzogen werden.

### **Was unternimmt die Landesregierung, um mehr Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren?**

An dieser Stelle kann ich mit großer Freude sagen, dass Sachsen-Anhalt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten einen Spitzenplatz einnimmt. Wir haben dabei besonders die Erfahrung gemacht, dass es in diesem Zusammenhang besonders auf die Gestaltung des Übergangsmangements zwischen Schule und Beruf ankommt. Außerdem fördert das Land die berufliche Integration von behinderten Menschen bei der Arbeitsplatzausstattung, bei der Arbeitsassistenz, durch Eingliederungszuschüsse, durch die Unterstützung von Integrationsbetrieben und im Rahmen von Arbeitsmarktprogrammen.

### **Welche Eindrücke haben Sie aus der Sitzung des Landesbehindertenbeirates? Wie gehen sie mit den Anregungen des Beirates um?**

Mein wichtigster und entscheidender Eindruck ist der, dass im Landesbehindertenbeirat Menschen zusammenkommen, die sich ihrer Aufgabe mit großem Engagement und außergewöhnlicher Sachkenntnis widmen. Ich glaube deutlich gemacht zu haben, dass die Landesregierung bemüht ist, den Empfehlungen des Beirates zu folgen und will ausdrücklich betonen, dass die Hinweise aus seiner Mitte auch dann wichtig sind, wenn sie manchmal nicht sofort umgesetzt werden können.

Ich bin sicher, dass diese erfolgreiche Zusammenarbeit fortgesetzt werden wird.

## „Ich will mich“ so wie ich bin

Ein Projekt zu Reduzierung der Einnahme von Psychopharmaka



Auf der Bühne! - Bewohner des Regenbogenhauses mit ihrem Heimleiter, Gerhard Ackermann

Nachdem die Teilnehmer des 6. Behindertenpolitischen Forums den letzten Vortrag gehört hatten, betrat eine Gruppe von Menschen mit Behinderungen die Bühne. Sie wohnen im „Regenbogenhaus“ in Magdeburg. Gemeinsam mit dem Leiter der Einrichtung, Gerhard Ackermann, stellten sie ihr Projekt „Ich will mich“ vor. Das „Regenbogenhaus“ ist ein Wohnheim für Menschen mit geistigen und mehrfachen Behinderungen. Hier wohnt man in Wohngruppen, in Trainingswohnungen und im Außenwohnen.

Als Gerhard Ackermann das Haus zum erste Mal betrat, wunderte er sich über die vielen müden Bewohner die über die Flure schlurften oder vor dem Fernseher einschliessen. Dann sah er die Medikamente, die seine Mitarbeiter ihnen verabreichen mussten. Die meisten bekamen Unmengen an Psychopharmaka. Kaum einer wusste, warum und seit wann jemand diese erhielt. Irgendwann waren die meisten der Medikamente nötig gewesen. Viele Menschen brauchen bei einer psychischen Erkrankung Medikamente. Danach werden diese wieder abgesetzt. Denkt der Arzt nicht selber daran, dann fragen die Patienten nach. Menschen mit einer geistigen Behinderung fragen nicht. Der nächste Arzt verordnet bei einer weiteren Krankheit noch mehr dazu.

Wie viel von jedem Medikament benötigt der Einzelne wirklich? Um das heraus zu bekommen, wurden Partner gesucht. Mitarbeiter der Universität Halle-Wittenberg begleiten das Pro-

jekt wissenschaftlich. Dazu wurden Ärzte gefunden, die mit dem Heim und seinen Bewohnern zusammenarbeiten. Die Aktion Mensch fördert das Projekt. Weitere Sponsoren fanden sich. Die Software AG, die Ost Apotheke in Magdeburg und die Siemens AG unterstützen das Projekt finanziell. Andere unterstützen es, in dem sie in ihrer Freizeit mit den Bewohnern etwas unternehmen.

Es geht im Projekt „Ich will mich“ nicht darum, Psychopharmaka zu verdammen oder sogar den Kassen Medikamentenkosten zu ersparen. Es handelt sich um gute und wichtige Medizin. Sie war für viele Projektteilnehmer einmal wichtig und richtig. Sicher ist nur, dass es meist keine Dauermedikamente sein soll-

ten. Durch die behandelnden Ärzte wird darum begonnen, die Dosis der einzelnen Medikamente zu reduzieren, bei manchen Bewohnern gelingt es sogar, einige ganz abzusetzen. Ziel des Projektes ist es nicht, die Teilnehmer von allen Mitteln zu entwöhnen, sondern jedem so viel an Medizin zu geben, wie er wirklich benötigt. Bei manch einem bedeutet das dann, dass er alle seine Medikamente benötigt. Andere Teilnehmer leben mittlerweile ohne Psychopharmaka.

Die Teilnehmer haben sich verändert. Sie sind wacher, interessierter an ihrer Umwelt und auch am eigenen Körper. Die pädagogischen Mitarbeiter unterstützen mit neuen Angeboten. Reiten fördert



Bärbel Soika mit ihrem Wellensittich Jackie noch in der Trainingswohnung

das Körperempfinden, Schwimmen, Wandern und Nordic walking auch. Man will Musik hören, selber machen und dazu Tanzen. Die Teilnehmer reden, miteinander und mit den Betreuern. Sie fragen und stellen in Frage. Viele Angebote sind nur durch die Fördermittel möglich.

Bärbel Soika ist eine der Bewohnerinnen, die am Projekt teilnimmt. Sie bereitet sich in einer Trainingswohnung auf ihren Auszug aus dem Regenbogenhaus vor. „Ich kann alleine Saubermachen, Wäschewaschen, Kochen, Einkaufen und mein Haustier versorgen. Wie eine richtige Frau. Früher war ich mal dick, aber jetzt sehe ich gut aus.“ Als großer Fan der Kelly Familie hat sie die

Wand über ihrem Bett mit zum Teil selbstgebastelten Fanartikeln geschmückt. „Ich übe auch auf der Gitarre.“, erzählt sie stolz.

Im April 2012 läuft die Projektförderung aus. Die Bewohner dann wieder ruhig zu stellen, lehnt Gerhard Ackermann ab. Er sucht Sponsoren, die helfen, den Bewohnern weiterhin Angebote anzubieten. (Mit Geld – Reiten für einen Bewohner kostet 40 € im Monat – oder mit Freizeit – wer möchte mit den Bewohnern spazieren gehen, die Natur beobachten, musizieren oder...?)

Melden Sie sich! Bei Gerhard Ackermann, Weidenstr. 5, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 5974733

## Hilfe! Die Rollstuhlfahrer kommen!

### Politiker wollten mit Menschen mit Behinderungen über Barrierefreiheit reden

Auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft ist es wichtig, dass die Politiker mit den Menschen reden – auch mit den Menschen die eine Behinderung haben. Vielleicht war dies der Grund, warum schon im Mai Einladungen an Menschen mit Behinderungen verschickt wurden. Gemeinsam mit Ihnen wollten die Abgeordneten des Bundestages am 2. und 3. Dezember über die UN-Konvention und über Barrierefreiheit im Reichstagsgebäude reden.

Etwa 300 Teilnehmer meldeten sich **an** und wurden wieder **ausgeladen**. Der Grund: Die 300 waren wirklich behindert und mehr als 100 von ihnen waren Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen (und sind es immer noch). Das sind zu viele, fand die Bundesverwaltung. Denn der Verwaltung wurde bewusst, dass die Rollstuhlfahrer, die sich angemeldet hatten, wahrscheinlich wirklich anreisen werden. (Von den Abgeordneten, die immer an allen Sitzungen im Bundestag teilnehmen dürfen, sind sie ja eher gewohnt, dass die Hälfte weg bleibt.)

So mit ca. 30 Rollstuhlfahrern hatten sie gerechnet. Aber mehr? Das könnte ein Sicherheitsproblem werden. Das Haus verfügt zwar über mehrere Aufzüge, die darf man im Brandfall aber nicht benutzen. Aus Brandschutzgründen wurde die Veranstaltung also abgesagt. Die Ausgeladenen ehemals Eingeladenen fühlen sich verar... .

Ganz Deutschland lacht, vom Norddeutschen Rundfunk und der Sendung „Extra 3“ bis zur Süddeutschen Zeitung.

Deutschland hat sich mit seiner Behindertenpolitik in Europa mal wieder blamiert. Im Europaparlament in Straßburg findet alle zwei Jahre der Freedom Drive statt. Daran nehmen regelmäßig mehr als 100 Rollstuhlfahrer teil. Dies funktioniert dort mit einem riesigen Aufgebot an Feuerwehrleuten und Helfern – und mit viel gutem Willen.

Dabei wäre es so leicht gewesen zu verhindern, dass die 100 Rollstuhlbenutzer den Bundestag am 2. Dezember erreichen. Man hätte die Bahn bitten können, ihre Aufzüge als defekt zu melden. Das Servicepersonal hätte man zu einer Betriebsversammlung schicken können. Außerdem wäre es möglich gewesen, wie im letzten Jahr oft geschehen, den Betrieb der Berliner S-Bahn einzustellen. Dann hätte man nur noch Busse ohne Einstiegshilfen für die Rollstuhlfahrer einsetzen müssen. Als letzte Maßnahme gegen die welche mit dem Auto kommen, hätten lediglich noch ein paar Baustellen mehr rings um das Reichstagsgebäude errichtet werden müssen. Diese hätte man dann, wie allgemein üblich, mit Überfahrbrücken sichern können, die ein passieren mit dem Rollstuhl nicht zulassen. Es hätten garantiert kaum 30 Rollstuhlfahrer geschafft, so viele Helfer zu bekommen, um trotzdem an der Veranstaltung teilzunehmen.

Die Lösung der Bundesverwaltung sieht anders aus. Für das nächste Jahr plant man eine neue Veranstaltung und lädt dazu nur 30 Rollstuhlfahrer ein – der Rest wird ausgeladen. Alternativ findet die Aktion in irgendeiner großen Sport oder Messehalle statt – ebenerdig und mit großen Fluchttoren.

Und die Moral von der Geschichte - Rollstuhlfahrer in Deutschland brauchen sich jetzt nicht mehr in Heime „einweisen“ lassen. Diese beherbergen immer mehrere hilfebedürftige Menschen. Im Katastrophenfall muss Einer nach dem Anderen evakuiert werden. Darum braucht man nur vorher zu fragen: „Wie viele schafft die örtliche Feuerwehr zu retten bis das Gebäude...?“

Nicht vergessen - zur nächsten Bundestagswahl! Es dürfen nur 30 Rollstuhlfahrer als Abgeordnete gewählt werden! Sonst muss das Gebäude umgebaut werden.

## PRO ENGAGEMENT - Ehrenpreis geht in die 2. Runde

Einstimmig hat der Runde Tisch „Arbeitswelt“ auf seiner letzten Sitzung am 7. Oktober 2011 beschlossen, dem Landesbehindertenbeirat vorzuschlagen, dass auf dem behindertenpolitischen Forum 2012 zum zweiten Mal der Ehrenpreis des Landesbehindertenbeirates an Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen vergeben werden soll, die sich in besonderer Weise um die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen verdient gemacht haben.

„Wir möchten den Ehrenpreis als eine feste Größe in Sachsen-Anhalt etablieren“ so Maike Jacobsen, die gemeinsam mit den Mitgliedern des Runden Tisches „Arbeitswelt“ die Vorbereitungen für die erneute Verleihung übernehmen wird. Bereits bei den ersten Preisträgern steht die Auszeichnung hoch im Kurs. „Bei uns im Unternehmen hat die Skulptur eine Ehrenplatz bekommen und wir sind noch immer sehr stolz darauf.“, meint Olaf Schmiedeck, Schwerbehindertenvertreter der Ilsenburger Grobblech GmbH.

Derzeit werden die Vergabekriterien überprüft und ein Bewerbungsverfahren entwickelt. Dabei hoffen der Runde Tisch „Arbeitswelt“ und der Landesbehindertenbeirat auf ebenso interessante Unternehmen wie bei der ersten Runde in 2010.



Foto: Adrian Maerevoet

Das war der Preis im Jahr 2010

Maike Jacobsen

## Gelber Engel

Seit 2007 gibt es die ADAC Stiftung „Gelber Engel“. Sie unterstützt Menschen, die nach Unfällen Hilfe benötigen. Es spielt dabei keine Rolle, ob es sich um Verkehrs-, Arbeits- oder Freizeitunfälle handelt. Es wird zwar keine direkte finanzielle Hilfe geleistet, aber es werden Zuschüsse zu Hilfsmitteln, Therapien, Maßnahmen, die den eingeschränkten Alltag erleichtern, oder die psychologische Betreuung von Unfallopfern bezahlt, die von anderen Kostenträgern nicht (mehr) geleistet werden. „Um eine Unterstützungsleistung zu erhalten, ist neben dem medizinischen Aspekt auch die wirtschaftliche, geistige oder seelische Bedürftigkeit von entscheidender Bedeutung.“, teilt der ADAC mit. Nähere Informationen dazu findet man unter

[www.adac.de/stiftung](http://www.adac.de/stiftung)

im Internet.

## Inklusionslandkarte

Auf der Internetseite des Bundesbehindertenbeauftragten, Hubert Hüppe, ist der Link zu einer Inklusionslandkarte. Hier finden sich die Standorte und die Inhalte von Inklusionsprojekten aus ganz Deutschland. Es sind Beispiele aus den Bereichen Schule, Arbeit, Freizeit usw. zu finden. Hüppe will bis zum Jahr 2013 möglichst viele Projekte besuchen und auf einer zentralen Veranstaltung in jedem Bundesland Anerkennungsurkunden vergeben. Über die Aufnahme entscheidet der Inklusionsbeirat nach Antragstellung durch die Projektverantwortlichen. Während man in Nordrhein-Westfalen 31 „Inklusionsfähnchen“ findet, sind die neuen Bundesländer weniger bunt geschmückt. In Sachsen-Anhalt wird nur eine Förderschule in Halle/S. angezeigt. Gibt es bei uns keine Inklusion oder haben die Projektverantwortlichen bisher noch keine Zeit gehabt, einen Antrag auszufüllen?

## Impressum

### Herausgeber:

Der Landesbehindertenbeirat, vertreten durch den Beauftragten der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen, Adrian Maerevoet (V.i.S.d.P.)

Turmschanzenstraße 25  
39114 Magdeburg

**Tel.: 0391 567-6985/ 4564**

**Fax: 0391 567-4052**

behindertenbeauftragter@  
ms.sachsen-anhalt.de

Alle Rechte für diese Ausgabe liegen beim Herausgeber.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung.

### Redaktion und Layout:

Redaktionsausschuss des Landesbehindertenbeirates, Verantwortliche: Sabine Kronfoth  
Fotos: Bernd Peters (außer S. 12)

### Druck:

Halberstädter Druckhaus

Die „normal!“ kann auch unter  
[www.behindertenbeauftragter.sachsen-anhalt.de](http://www.behindertenbeauftragter.sachsen-anhalt.de)  
herunter geladen oder unter  
[www.bsv-sachsen-anhalt.de](http://www.bsv-sachsen-anhalt.de) gehört werden.